

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Drednerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstätten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. s. d. b., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstraße 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 14. März.** [Zur Habsburg-Hohenzollern'schen Allianz] glaubt der Wiener Officiöse der Hamb. „Börsenhalle“ bestimmt versichern zu können, daß in Karlsruhe und Hannover von Seiten Oesterreichs lebhaftere Verhandlungen gepflogen werden, um für den Fall eines Bruches zwischen beiden deutschen Großmächten eines Rückhaltes für zwei gegenwärtig sehr bloßgestellte Theile der österreichischen Armee (Rastatt und Holslein) sicher zu sein.

— [Das Gespenst eines europäischen Congresses] spukt noch beharrlich hier und dort in der Presse. So will die Augsburger „Allg. Ztg.“ wissen, daß sogar der Preussische Gesandte v. d. Holz den Auftrag erhalten hätte, bei seiner Rückkehr nach Paris dem Kaiser die Erweiterung der Fürstenthümer-Conferenz zu einem Europäischen Congress vorzuschlagen, jedoch von Napoleon keine andere Antwort erhalten habe, als Glückwünsche, daß Preußen die Entscheidung der Schleswig-Holsteinischen Frage nicht abermals durch den Krieg suchen zu müssen glaube. — Von den englischen Blättern ist es die „Post“, welche behauptet, daß ein derartiger Congress eifrig von den Mächten betrieben werde. Der Pariser Correspondent der „Post“ meint jedoch, daß nach der Aufnahme, die der Congressvorschlag des Kaisers in England früher gefunden habe, eine Initiative dazu nicht leicht wieder von Paris ausgehen werde. „Zweifel“, fügte er hinzu, „läßt die Diplomatie, namentlich die deutsche, eine Zusammenkunft der europäischen Mächte gern. Insbesondere fühlt sich Preußens Premier unbebaglich und weiß nicht genau, bis zu welchem Punkte es ihm gelingen wird, seine Absichten auszuführen und aus Preußen eine Land- und Seemacht von zweimal so großer Stärke als früher zu machen. Ein Congress aber wäre eine treffliche Gelegenheit, Frankreich und England den Puls zu fühlen und die Einverleibung der dänischen Herzogthümer zur Anerkennung zu bringen. Italien möchte gern die venetianische Frage auf's Tapet bringen, und hätte nicht Frankreich vielleicht ein Wort über Polen zu reden? Rußland hat eine unermeßliche Arbeit im Orient vor; die Donaufürstenthümer werden wieder einmal in seiner Hand sein. Rußland denkt vielleicht daran, bis Konstantinopel vorzudringen, in dem Maße, als sein Eisenbahnetz sich ausbreitet. Rußland weiß, daß England und Frankreich nicht wieder das Schwert für das ottomanische Reich ziehen werden. Auf einen Congress könnte irgend etwas austauschen, was den künftigen Plänen Rußlands förderlich wäre.“ Wir halten, wie wir schon früher gesagt, das Zustandekommen eines solchen Congresses für durchaus unwahrscheinlich.

— [Preussische Press-Schicksale.] In Duisburg wurde am 12. d. M. im Redaktionslokale des „Boten vom Niederrhein“ polizeilich Hausdurchsuchung nach dem Manuscripte des Leitartikels Nr. 24 gehalten. Der inkriminirte Artikel „Vom Landtage“ enthält eine Stelle aus der Rede Twisten's in der Adressdebatte.

Wien, 13. März. [Ministerkrisis.] In Folge der demnächst zur Verhandlung kommenden Antwortadresse des ungarischen Landtages, in welcher die Forderung eines eigenen Ministeriums ausdrücklich erhalten wird, steht eine Ministerkrisis in Aussicht. Man glaubt, daß Majsath seine Demission erhalten werde; die Stellung Belcredi's erscheint gesichert.

* **München, 12. März.** [Ueber sociale Zustände] schreibt man der „Bayerzeitung“: Die Noth der Landwirthe auf dem flachen Lande und der Hausbesitzer in München ist im rapidesten Steigen begriffen. Der Gantstuhl (eine eigentümliche Münchener Einrichtung) verschwindet seit Wochen nicht mehr von seinem Plage vor dem Rathhause; Hypothekenprozesse, Zwangsversteigerungen, Schuldkraft, Selbstmorde, das ist die Signatur der wirtschaftlichen Zustände Münchens und Bayerns. Diese Krise zu raschem Ende zu bringen, liegt außer menschlicher Macht und alle Mittel, welche die offiziellen Staatsweisen anwenden und vorschlagen, dienen nur dazu, sie zu steigern. Die Regierung gab der Bank die Erlaubniß zur Ausgabe von neuen 30 Millionen Pfandbriefen, und obgleich die Bank mit äußerster Vorsicht zu Werke ging und nur die geringe Summe von 95,000 Gulden begab, so folgte dem Bekanntwerden der Erlaubniß fast unmittelbar ein Sinken des Courses der Pfandbriefe von 3 pCt., was für die Besitzer der Pfandbriefe erster Emission einem Verlust von 900,000 fl. entspricht. Trotz dieses ungünstigen Resultates will die Regierung, und zwar auch diesmal unaufgefordert, der Bank die Erlaubniß zu einer neuen sehr bedeutenden Emission ertheilen, in der übrigens sehr durchsichtigen Absicht, die Land- und Hauswirthe glauben zu machen, sie thue alles, was in ihrer Kraft liege, der Bedrängniß ein Ende zu machen. Diese Absicht vermochte sie auch, den Projekten des bekannten Finanzmannes Langrand so geneigtes Ohr zu schenken, daß die von demselben im Verein mit Fürst Taxis und anderen reichen Hochtorics verlangte Bankconcession in den nächsten Tagen ertheilt werden wird. Das Langrand'sche Projekt hat jedoch recht schwindelhaftes Aussehen. Nicht eine besondere Bank, sondern nur eine Filiale der Langrand'schen „Internationalen Ackerbau-Credit-Gesellschaft“ soll in Regensburg ihre Thätigkeit damit beginnen, daß sie mit den in solchen Dingen dem größeren Theile nach höchst unerfahrenen Landwirthen ein großartiges „Wechselverhältnis“ eröffnet, d. h. sie will den Landwirthen Darlehne gegen Wechsel zu börsenmäßigen Zinsen gewähren. Es ist dies der gefährlichste Credit, der einem Landwirth eröffnet

werden kann und erinnert sehr lebhaft an die Mäntel der sogenannten Güterschlächter und Bauernschinder, an denen Bayern ohnedies keinen Mangel leidet. Daß die Regierung zu solchen Unternehmungen ihren Consens giebt, zeigt, daß sie in wirtschaftlichen Dingen auf demselben Standpunkte steht, wie etwa auf medicinischem das Publikum, das die Prahlereien eines Charlatans und Wunderdoctors für den Gipfel der Weisheit ansieht.

Ausland.

* **Paris, 12. März.** [Tagesbericht: Die Land-Bevölkerung, Baron Budberg, Die Donaufürstenthümer-Conferenz, Suezkanal-Gesellschafts-Vertrag, Coalitionsfreiheit, Das Haus des Prinzen Napoleon, Kusa, Centralisation der Kirchhöfe, Die „Liberté“.] Die Diskussion über die landwirtschaftlichen Fragen im gesetzgebenden Körper hat auf dem Lande eine solche Anfregung hervorgebracht, daß die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, den Befehl zu ertheilen, sofort die Untersuchung der Lage des Ackerbaues zu beginnen. Die „Patrie“ enthält darüber folgende Note: „Wir erfahren, daß alle Präfecten in den Departements Befehl erhalten haben, die Eröffnung der landwirtschaftlichen Untersuchung zu erleichtern, welche der Kaiser in seiner Rede vom 22. Januar angekündigt hat. Die ersten Maßregeln sollen darauf hinausgehen, eine Untersuchung der Lage der kleinen Ackerbauer und ihre Bedürfnisse festzustellen.“ Die Regierung ist sehr besorgt. — Baron Budberg wird am 14. d. Mts. von Petersburg hier wieder eintreffen. — Am gleichen Tage soll auch, wie man versichert, die zweite Sitzung der Donaufürstenthümer-Conferenz stattfinden. — Aus Konstantinopel vom 12. d. meldet ein Telegramm, daß der Sultan dem zwischen dem Vice-Könige von Egypten und der Suezkanal-Gesellschaft abgehandelten Verträge seine Genehmigung ertheilt hat. — Der Cassationshof hat in Bezug auf die Arbeitseinstellung ein Urtheil erlassen, welches in dieser wichtigen Frage zum ersten Male seit der Bekanntmachung des neuen Gesetzes die Anschauungen des höchsten Gerichts über Coalitions- und Vereinsrecht feststellt. Es hatten nämlich die wegen unerlaubter Coalition zu mehmonatlichem Gefängnisse verurtheilten Sammtarbeiter von Lyon ein Cassationsgesuch eingereicht, das jedoch in der Sitzung vom 23. Februar von der Criminalkammer abgewiesen wurde. Das von dem Moniteur mitgetheilte, ausführlich motivirte Erkenntniß des Cassationshofes bestätiget: 1) daß das Coalitionsrecht, wie es in dem Gesetze vom 25. Mai 1864 gestattet ist, nicht das Recht bedingt, Vereine von mehr als 20 Personen zu bilden; 2) daß das von den Arbeitseinstellern zur Vertretung und Wahrung ihrer Interessen eingesetzte Central-Comité sich des Vergehens des Arbeitsverbots schuldig macht, wenn es die Erlaubniß, zu arbeiten, denjenigen Arbeitern, die es um diese

Erlaubniß angeben, verweigert. Man hat also nun die officielle Bestätigung dafür, daß, was man bereits dem Berichterstatter dieses Gesetzes, Em. Olivier, in der Kammer entgegenhielt, jede Arbeitseinstellung, die sich nicht der ausdrücklichen Zustimmung der Obrigkeit erfreut, ein für die Arbeiter gefährliches Unternehmen ist. — Prinz Napoleon hat die Mauern von Paris mit Anschlägen bedecken lassen, worin die Versteigerung seines antiken Hauses, das als Maison de Diomède in der Avenue Montaigne bekannt ist, auf den 20. März angezeigt wird. Am 21. und den drei folgenden Tagen läßt Se. Königliche Hoheit die Marmorstatuen, Bronzen und sonstigen Kunstgegenstände seines Museums versteigern. — Die „Liberté“ will wissen, der Haupt-Kaufliebhaber für Haus und Kunstschätze sei der rumänische Goldmacher Kusa, der es verstanden, in wenigen Jahren vom Bettler zum Millionär zu werden; Kusa wird in den nächsten Tagen in Paris erwartet. — Die Stadt Paris hat in der Gegend von Pontoise ein Terrain von 600 Morgen angekauft. Dasselbe liegt ungefähr zwei Stunden von Paris entfernt. Es sollen dort alle Pariser Kirchhöfe concentrirt werden. Eine specielle Eisenbahn wird die Verbindung zwischen Paris und seinem Kirchhofe unterhalten. — Girardin hat der „Liberté“ Blaud gebracht, wie vorauszuweisen war. Das Blatt soll seit seinem Redactionsantritt einen Aufschwung genommen haben, wie nur die „Opinion Nationale“ seiner Zeit ein Aehnliches aufzuweisen hatte. Die „Liberté“, welche bei Ueberrahme Girardin's bei einer Abonnentenzahl von vier bis fünfhundert in den letzten Tagen lag, ist im Laufe einer einzigen Woche auf 8000 Abonnenten herangewachsen. Ein so plötzliches Wachsthum einer Zeitung ist nur dadurch erklärlich, daß der Hauptverkauf der Französischen Blätter täglich in einzelnen Nummern stattfindet; zugleich ist dergleichen aber auch nur möglich bei starker politischer Erregtheit der Pariser Bevölkerung, oder doch wenigstens bei einer lebhaften Theilnahme an den politischen Vorgängen.

London, 12. März. [Amerika Arbeiter-Angelegenheiten. Reform-Angelegenheit.] Die englische Presse lobt die Rede des Präsidenten

Johnson ebenso sehr, wie sie dessen frühere Reden getadelt hatte. Zum Beispiel die „Post“ behauptet, daß die extreme Partei, welche Präsident Johnson in seiner Rede denuncirt, die wirklichen Urheber des Bürgerkrieges gewesen, und daß man mit Recht hoffen könnte, daß die weise und feste Politik des Präsidenten die Nation für sich habe. Die „Times“ können über die Stellung, welche Mr. Johnson in seiner außerordentlichen Rede eingenommen und über die Kraft, mit welcher er sie behauptet, ihre Bewunderung nicht zurückhalten. Die Bestimmung von Millionen Menschen hängt von ihm ab und er steht sicher auf der Höhe dieser Aufgabe. Das amerikanische Volk muß jetzt entscheiden, ob es den Bürgerkrieg für die Union geführt hat, denn jetzt da sie wieder hergestellt, scheint eine große Partei geneigt gerade dieses Ziel zu verwerfen. Es scheint, daß es keine andere Wahl habe, als den Süden in die Verfassung des Landes wieder aufzunehmen oder ihn mit Waffengewalt niederzuhalten. Es befindet sich in Gefahr, wieder von den besiegten Feinden regiert zu werden; oder dieselben unterjocht halten zu müssen. Die „Times“ zweifeln nicht, daß der Präsident den weiseren Weg eingeschlagen und wünschen ihm Erfolg in seiner Mission für Gnade und Gerechtigkeit. „Kein Mann hat in einer edleren Sache gekämpft, und es ist besser bei einem solchen Unternehmen zu unterliegen, als durch Tyrannei, Confiscation und Proscription zu siegen.“ Der „Herald“ glaubt die Festigkeit des Präsidenten durch die erhaltene Provocation entschuldigen zu müssen und heißt den Weg, den er eingeschlagen, gut. Er zweifelt nicht, daß derselbe über die radicale Partei siegen werde, denn der größte Theil des Volkes theile das raschläufige Gemüth der Radicalem nicht; er sei nicht von der Regromantie eines Stevens und Sumner besessen, noch sympathisire er mit deren wildem Haffe gegen die Sünder. Der „Telegraph“ sagt: „Johnson's Rede zu der großen Menge vor dem weißen Hause war der Schall einer Trompete und ihre Wirkung muß ungeheuer gewesen sein. Der große Einfluß des Herrn Seward über die Republikaner wird die große Masse der conservativen Mitglieder derselben dazu bestimmen, sich um ihn zu schaaren

zur Bildung einer Johnson-Partei, mit welcher sich die Demokraten sogleich vereinigen werden; und ohne Zweifel wird diese Partei die große Majorität des Volkes ausmachen. Wir werden die südlichen Staaten in ihr altes Recht wieder eingesetzt sehen und die ganze Nation wird die Restauration mit derselben Freude begrüßen, wie sie das englische Volk bei dem Einzug Karls II. in London fand gab, da er die Versicherung war, daß der Bürgerkrieg wirklich geendet hatte und daß der Bürgerkrieg das Land nicht wieder verheeren sollte. Eine Stelle seiner Rede klingt dem englischen Ohr schlecht, nämlich, daß die Führer des Südens die Todesstrafe verdient hätten.“ Der „Telegraph“ kann nicht glauben, daß damit gesagt werden sollte, man wolle den Davis auf das Schaffot bringen. „Herr Johnson kann nicht durch die Sanction einer solchen Handlung, seinen eigenen Ruhm verdunkeln wollen, welche einen Ausruf des Abscheus in allen civilisirten Ländern hervorrufen und ein Schandfleck für unser Zeitalter sein würde!“ Der „Star“ macht Herrn Johnson in Bezug auf sein Geschwätz von Mordverbrechen gegen ihn darauf aufmerksam, daß er durch seine gegenwärtige Politik und die Reden, durch welche er sie aufrecht erhält, die einzige Partei, die Sklavhalter, von welcher er Gewalt oder einen Märtyrer-Tod befürchten konnte, entwaftet habe. Die Rede ist eine Gasconade, aber der Unterschied zwischen ihrem Autor und dem Congreß ist vital. Sobald die jegige Freedmens-Bureau-Bill abgelaufen ist, kann keinerlei Gewalt zwischen dem Regier und seinem früheren Herrn entscheiden. Der gehäbte schwarze Mann wird seinem früheren Unterdrücker entgegen stehen. Herr Trumbull hat die Nothwendigkeit seiner Bill hinlänglich verteidigt und das Veto des Präsidenten Punkt für Punkt widerlegt. In Bezug der Zulassung der Volksvertreter des Südens hat der Congreß das constitutionelle Recht, den verschiedenen Staaten eine republikanische Regierungsform zu sichern; und wenn das Volk eines Staates seiner Wahlstimme beraubt ist, so hat der Congreß das Recht, die Zulassung zu verweigern. Aber es gibt noch höhere Rücksichten. Der Congreß fühlt, daß es so lange der fatale Racenunterschied nicht gänzlich ab geschafft ist,

Feuilleton.

Arbeiter-Schule.

Von Gustav A.

3. Geschichte der (constituirenden, französischen) Nationalversammlung.

a) Von der Einberufung der Reichsstände bis zum Geburtstag der Revolution.

Bei dem traurigen Anblick, den das preussische Abgeordnetenhaus darbietet, ist es für Jeden, der sich nach Thaten sehnt und leeres Präfengestirn verabscheut, doppelt erbebend, die Geschichte der französischen Nationalversammlung zu verfolgen.

Das gesammte französische Volk und nicht bloß einen Theil derselben vertreten, entwand sie ihren Gegnern nach kurzem aber gefährlichem Kampfe, in welchem sie sich Freiheit und Leben einsetzte, das Scepter Frankreichs und führte es mit so glücklichen Erfolgen, daß sie noch den spätesten Generationen Staunen und Bewunderung abzwängen werden.

Die Geschichte der französischen Nationalversammlung beginnt mit Einberufung der Reichsstände. Da die Ursachen ersterer gerade für den „inneren Conflict“ in Preußen sehr bezeichnend und daher doppelt interessant sind, so wollen wir sie hier folgen lassen.

Das Ständ Frankreichs, erzeugt durch Verschwendung und Sittenlosigkeit des Hofes, unheilbar gemacht durch die Privilegien der Geistlichkeit und des Adels, bedurfte so dringend der Abhilfe, daß sich selbst der Hof und die herrschenden Klassen mit darum hinzielenden Reformen beschäftigten. Hauptächlich frug es sich nun, auf wessen Kosten jumeist dieselben ausgeführt werden sollten, da sich weder der Hof noch die Privilegirten zu bedeutenden Opfern entschließen wollten.

So kam es, daß die Vorschläge des Hofes fast regelmäßig an dem Widerspruch der Privilegirten scheiterten und mehrere Minister gezwungen wurden, ihre Entlassung zu nehmen.

Dasselbe Schicksal erlebte der Finanzminister Calonne, der, vorsichtig gemacht durch die Erfahrungen seiner Vorgänger, annahm, daß ohne Zustimmung der Privilegirten

die Ausführung einer jeden Reform überhaupt unmöglich sei und demgemäß seine Vorschläge erst immer den Abgeordneten der Privilegirten zur Genehmigung vorlegte.

Die letzteren fanden jedoch nicht die Billigung, die er voraussetzte und im Laufe der Zeit ging der Haß der Notabeln gegen ihn so weit, daß sie zu mehreren Vorschlägen des Hofes ihre Zustimmung geben zu wollen erklärten, wenn nur mit deren Ausführung ein Anderer als Calonne beauftragt würde.

Diese Erklärung hatte denn auch Calonne's Entlassung zur Folge und sein eifrigster Gegner, der Erzbischof de Brienne, trat an seine Stelle.

Es zeigte sich indes auch bei diesem Minister bald, daß die Bereitwilligkeit der Privilegirten nur gebauet war, denn auch gegen ihn verwahrten sie ihre vermeintlichen Rechte aufs Aengstlichste und wiesen seine Reformen schroff zurück, wenn sie sich in ersteren nur im Geringsten gekränkt glaubten.

Dagegen griffen sie den Hof auf das Heftigste an, und einer ihrer kühnsten Redner ging so weit, denselben, natürlich mit Recht, der Verschwendung anzuklagen und verlangte den Stand der Einnahmen und Ausgaben zu wissen.

Da erscholl ein vorhängnisvolles Wort!

Wozu den Stand? frug einer. Stände brauchen wir. Mit der Schnelligkeit des Blitzes durchleiste dies Wortspiel Frankreichs Gauen, enthielt es doch den Wunsch von Millionen, und unter Zustimmung des gesammten Volkes faßten denn auch die Privilegirten den kühnen Beschluß: daß nur allgemeine Reichsstände zur Bewilligung von Abgaben berechtigt wären.

Wir haben hier wohl die Motive zu erwägen, durch welche dieser Beschluß ermöglicht wurde. Keinenfalls, und die nachfolgenden Ereignisse bestätigen es, leiteten die Privilegirten dabei die Interessen des Volkes, sondern einzig und allein die eignen; sie betrachteten den Beschluß eben nur als ein Hilfsmittel gegen den Hof.

Diese Männer, aufgewachsen in den Vorurtheilen ihres Standes, launten durchaus nicht die Kräfte, die in dem niedergedrückten Volke schlummerten und die, einmal geweckt, den Hof und die Privilegirten, kurz ihre gesammten Widersacher zermalmen mußten; sie ahnten nicht, daß die Lehren jener Männer, die man zu Zeiten Ludwigs XIV. und seiner Nachfolger verbrennen oder im Kerker verschmachten ließ, bereits Früchte trugen. Der

Hof durchschaute die Beweggründe jenes Beschlusses sehr wohl und decretirte ohne Högern die Verbannung des Parlaments nach Troyes, freilich ohne damit an der allgemeinen Sachlage etwas ändern zu können. Im Gegentheil zwang ihn die zunehmende Geldnoth, das Parlament wieder nach Paris zurückzuberufen.

Er stieß jedoch auch hier auf so bestigen Widerstand, daß er schließlich die Einberufung der Reichsstände binnen 5 Jahren verbot, vorher jedoch drei der bestigsten Redner aus Paris nach entfernten Orten verwies.

Das Parlament berief dieselben jedoch zurück und als der König diesen Beschluß kassirte, befristete es ihr von Neuem. Dies war offene Widersetzlichkeit und der Hof entschloß sich deshalb, durch einen kühnen Schlag die Wichtigkeit des Parlaments gänzlich zu vernichten.

Es sollte dies vermittelt des „Cour pléniere“ (Obergericht) bewerkstelligt werden, rief jedoch nicht bloß den bestigsten Protest der Privilegirten hervor, sondern das Volk selbst wurde in mehreren Orten unruhig und nahm selbst gegen das Militär eine drohende Haltung an, ja, man fing stellenweise an, sich zu bewaffnen.

Dies erschien dem Hofe so bedenklich, daß er, um sich gegen die Annäherung des Adels zu schützen, den Landtag einberief und zwar sollte dies schon am 1. Mai 1789 geschehen.

Es handelte sich vorläufig nun darum, zu bestimmen in welcher Anzahl der dritte Stand vertreten sein sollte.

Der Hof, dem Alles daran gelegen war, die Popularität der Privilegirten zu schwächen, forberte dieselben an, über jenen Punkt zu berathen. Was er erwartete, geschah, denn die Notabeln erklärten sich fast einstimmig für eine Anzahl, die derjenigen eines jeden andern Standes gleich wäre und nun entschied dem entgegen der Hof: Auf den Wunsch der Minorität (Minderheit) des Parlaments zc. soll die Zahl des dritten Standes derjenigen der beiden andern Stände gleich sein.

Dies war natürlich von unberechenbarer Wichtigkeit, wenn nicht nach Ständen, sondern nach Köpfen bestimmt wurde, sonst fiel die Bestimmung des Hofes allerdings nicht weiter in's Gewicht.

Am 5. Mai sollten die Reichsstände eröffnet werden. Es waren dazu in Eile die erforderlichen Localc hergerichtet. Der dritte Stand oder die „Gemeinen“ befanden sich im Hintergrunde desselben, rechts vom Thron besaß sich der Adel, links der Clerus.

Die Sitzung würde vom König durch eine Rede eröff-